

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 676 bis 678:

Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir ~~als ersten Schritt auf dem Weg~~ die gesetzliche Rente schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, in die alle Bürger*innen mit Beiträgen auf alle Einkommensarten einzahlen. Als ersten Schritt wollen wir, dass auch Abgeordnete und perspektivisch Beamte, unter Beibehaltung des

Von Zeile 680 bis 681 einfügen:

anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen einbeziehen und die Opt-Out-Regelung bei den Minijobs abschaffen.

Begründung

Es ist notwendig, auch für das Verständnis, was eine Bürgerversicherung ist, das Ziel der Bürgerversicherung stärker zu betonen. Außerdem fehlt die Abschaffung der Opt-Out-Regelung für die Minijobs.

weitere Antragsteller*innen

Matthias Dorka (KV Main-Kinzig); Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Christian Schneider (KV Fürth-Stadt); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf); Pia Troßbach (KV Frankfurt); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Manuel Emmler (KV Berlin-Pankow); Daniela Toscano (KV Böblingen); Klaudia Stürmer (KV Esslingen); Marc Kersten (KV Köln); Julia Eberz (KV Frankfurt); Sven Lehmann (KV Köln); Beate Sattler-Ashoff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ursula Richter (KV Offenbach-Stadt); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); sowie 46 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.